

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1967

Ausgegeben am 8. August 1967

67. Stück

- 282.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches der Satzung der Weltgesundheitsorganisation
- 283.** Kundmachung: Beitritt Jugoslawiens zum Übereinkommen über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern
- 284.** Kundmachung: Ratifikation des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern durch Finnland
- 285.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches des Zollabkommens über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren, die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen ausgestellt oder verwendet werden sollen
- 286.** Kundmachung: Ratifikation des Multilateralen Abkommens über die kommerziellen Rechte im nichtplanmäßigen Luftverkehr in Europa durch Island und Luxemburg
- 287.** Zusatzabkommen zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik zum Haager Übereinkommen, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechts-sachen
- 288.** Kundmachung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechtes
- 289.** Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Stempelung von Meßgeräten

282. Kundmachung des Bundeskanzler-amtes vom 5. Juli 1967, betreffend die Ausdehnung des Geltungsbereiches der Satzung der Weltgesundheitsorganisation vom 22. Juli 1946

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen haben nachstehende Staaten die Satzung der Weltgesundheitsorganisation (BGBl. Nr. 96/1949, in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 27/1961, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 18/1963) angenommen bzw. ohne Vorbehalt der Genehmigung unterzeichnet:

Barbados, Guayana, Jamaika, Kenia, Malawi, die Malediven, Malta, Sambia, Sansibar, Singapur, Trinidad und Tobago sowie Uganda.

Syrien hat erklärt, sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit an die gegenständliche Satzung gebunden zu erachten.

Ferner wurden nach Mitteilung des Büros der Weltgesundheitsorganisation in Genf Katar und

Mauritius als außerordentliche Mitglieder in die Weltgesundheitsorganisation aufgenommen.

Klaus

283. Kundmachung des Bundeskanzler-amtes vom 17. Juli 1967, betreffend den Beitritt Jugoslawiens zum Übereinkommen vom 27. September 1956 über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern

Nach Mitteilung der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hat Jugoslawien am 8. Juni 1967 seine Beitrittsurkunde zum Übereinkommen über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern, BGBl. Nr. 275/1965, hinterlegt.

Gemäß seinem Artikel 11 Absatz 1 ist dieses Übereinkommen für Jugoslawien am 8. Juli 1967 in Kraft getreten.

Klaus

284. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 18. Juli 1967, betreffend die Ratifikation des Übereinkommens vom 15. April 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern durch Finnland

Nach Mitteilung der Niederländischen Regierung hat Finnland das Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern (BGBl. Nr. 294/1961, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 241/1966) ratifiziert.

Das Übereinkommen wird für Finnland am 24. August 1967 in Kraft treten.

Klaus

285. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 20. Juli 1967, betreffend die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Zollabkommens vom 8. Juni 1961 über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren, die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen ausgestellt oder verwendet werden sollen

Nach Mitteilung des Generalsekretariates des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens sind folgende weitere Staaten zum jeweils angeführten Zeitpunkt Vertragsparteien des Zollabkommens über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren, die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen ausgestellt oder verwendet werden sollen, BGBl. Nr. 336/1962, geworden:

Marokko	17. Feber 1963
Dominikanische Republik	13. März 1963
Australien	21. März 1963
Ungarn	5. Mai 1963
Spanien	12. Mai 1963
Kambodscha	21. Mai 1963
Vereinigte Arabische Republik	26. Juni 1963
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (einschließlich Jersey, der Insel Man und Guernsey)	26. Juni 1963
Schweiz (einschließlich Liechtenstein)	31. Juli 1963
Norwegen	24. Dezember 1963

Italien (mit Erklärung)	10. Feber 1963
Rumänien	16. April 1964
Niederlande (einschließlich der Niederländischen Antillen und Surinam)	18. April 1964
Schweden	20. Juni 1964
Frankreich	23. September 1964
Bulgarien	1. November 1964
Finnland	2. November 1964
Israel	17. März 1964
Dänemark (ausschließlich Grönland und Färöer-Inseln)	15. Juli 1965
Irland	16. Juli 1965
Jugoslawien	8. April 1966
Bundesrepublik Deutschland	10. September 1967

Italien hat, gestützt auf Artikel 23 des Abkommens, erklärt, daß es sich an die Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 1 lit. a bezüglich der nachstehend angeführten Waren, für die keine Befreiung von Einfuhrzöllen gewährt wird, nicht gebunden erachtet: Kaffee, Tee, Mate und Gewürze; Kakao und Kakaoprodukte; Bonbons, Dragées und andere Zuckerwaren; Parfums auf Alkoholbasis; pharmazeutische Spezialitäten; Bier; Schmieröl; Streichhölzer; Saccharin; automatische Feuerzeuge und Feuersteine; Zigarettenpapier und -hüllen; Bananen.

Klaus

286. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 25. Juli 1967 über die Ratifikation des Multilateralen Abkommens vom 30. April 1956 über die kommerziellen Rechte im nichtplanmäßigen Luftverkehr in Europa durch Island und Luxemburg

Nach Mitteilung des Generalsekretariats der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) haben Island und Luxemburg ihre Ratifikationsurkunden zum Multilateralen Abkommen über die kommerziellen Rechte im nichtplanmäßigen Luftverkehr in Europa (BGBl. Nr. 163/1957, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 43/1963) am 25. September 1961 beziehungsweise am 23. Dezember 1963 hinterlegt.

Klaus

287.

Nachdem das am 15. Juli 1966 in Wien unterzeichnete Zusatzabkommen zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik zum Haager Übereinkommen vom 1. März 1954, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen, welches also lautet:

ZUSATZABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik zum Haager Übereinkommen vom 1. März 1954, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Präsident der Französischen Republik, von dem Wunsche geleitet, in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten die Anwendung des Haager Prozeßübereinkommens vom 1. März 1954 zu erleichtern und den Rechtsschutz ihrer Staatsangehörigen zu sichern, haben beschlossen, zu diesem Zweck ein Abkommen zu schließen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:

Herrn Dr. Lujó Tončić-Sorinj, Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten,
Herrn Dr. Hans Klecatsky, Bundesminister für Justiz,

Der Präsident der Französischen Republik:
Herrn Louis Roché, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Die Staatsangehörigen des einen der Hohen Vertragschließenden Teile haben auf dem Gebiet des anderen in Zivil- und Handelssachen sowohl als Kläger als auch als Beklagte freien und ungehinderten Zutritt zu den Gerichten, wobei die Fragen hinsichtlich der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten und des Armenrechts durch die Bestimmungen des Haager Prozeßübereinkommens vom 1. März 1954 sowie durch die Bestimmungen dieses Abkommens geregelt werden.

(2) Diese Staatsangehörigen genießen auf dem Gebiete des anderen Hohen Vertragschließenden Teiles hinsichtlich ihrer Person und ihres Vermögens denselben Rechtsschutz, der den Staatsangehörigen dieses Hohen Vertragschließenden Teiles eingeräumt ist.

Artikel 2

(1) Die gerichtlichen und außergerichtlichen Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen, die zur Zustellung an Personen auf dem Gebiete eines der Hohen Vertragschließenden Teile be-

CONVENTION

entre la République d'Autriche et la République Française additionnelle à la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954 relative à la procédure civile

Le Président Fédéral de la République d'Autriche et le Président de la République Française désireux, dans les rapports réciproques entre les deux Etats, de faciliter l'application de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954 relative à la procédure civile et d'assurer la protection judiciaire de leurs ressortissants, ont décidé de conclure une convention à cet effet et ont désigné comme Plénipotentiaires,

Le Président Fédéral de la République d'Autriche:

M. Lujó Tončić-Sorinj
Ministre Fédéral des Affaires Etrangères,
M. Hans Klecatsky
Ministre Fédéral de la Justice

Le Président de la République Française:

M. Louis Roché
Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1^{er}

(1) Les ressortissants de l'une des Hautes Parties Contractantes ont, sur le territoire de l'autre, en matière civile et commerciale, libre et facile accès auprès des tribunaux, tant comme demandeurs que comme défendeurs, les questions relatives à la caution judicatum solvi et à l'assistance judiciaire gratuite étant réglées par les dispositions de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954 ainsi que par les dispositions de la présente Convention.

(2) Ces ressortissants jouissent également sur le territoire de l'autre Etat, en ce qui concerne leur personne et leurs biens, de la même protection judiciaire que celle dont bénéficient les ressortissants de celui-ci.

Article 2

(1) Les actes judiciaires et extra-judiciaires, en matière civile et commerciale, destinés à des personnes résidant sur le territoire de l'une des Hautes Parties Contractantes, sont adressés, en

stimmt sind, werden in einer einzigen Ausfertigung vom Justizministerium des ersuchenden Staates an das Justizministerium des ersuchten Staates gesendet.

(2) Das Empfangsbekenntnis oder die Bestätigung über die Zustellung dieser Schriftstücke wird vom Justizministerium des ersuchten Staates dem Justizministerium des ersuchenden Staates zurückgesendet.

(3) Die oben bezeichneten Behörden werden ebenfalls für die zusätzlichen Mitteilungen, betreffend die Zustellung der in Absatz 1 bezeichneten Schriftstücke, unmittelbar miteinander verkehren.

(4) Die Schreiben zur Übermittlung dieser Schriftstücke sowie die gemäß Absatz 3 vom ersuchenden Staat erteilten zusätzlichen Auskünfte werden entweder in der Sprache des ersuchten Staates verfaßt oder mit einer Übersetzung in diese Sprache versehen.

Artikel 3

(1) Die Rechtshilfeersuchen in Zivil- und Handelssachen werden in den beiden Staaten durch die Gerichte erledigt; diese Ersuchen und die Erledigungsakten, zu denen sie Anlaß geben, werden durch Vermittlung der Justizministerien der Hohen Vertragsschließenden Teile übersendet.

(2) Die Justizministerien werden auch für die zusätzlichen Mitteilungen betreffend die Rechtshilfeersuchen unmittelbar miteinander verkehren.

(3) Die Schreiben zur Übermittlung der Rechtshilfeersuchen und die gemäß Absatz 2 vom ersuchenden Staat erteilten zusätzlichen Auskünfte werden entweder in der Sprache des ersuchten Staates verfaßt oder mit einer Übersetzung in diese Sprache versehen.

Artikel 4

Die Zustellung der gerichtlichen und außergerichtlichen Schriftstücke und die Erledigung der Rechtshilfeersuchen kann nicht deswegen abgelehnt werden, weil die Gerichte des ersuchten Staates zur Entscheidung über den Rechtsstreit ausschließlich zuständig sind.

Artikel 5

Aus Anlaß der Zustellung der gerichtlichen und außergerichtlichen Schriftstücke und der Erledigung der Rechtshilfeersuchen findet ein Ersatz von Kosten nicht statt. Jedoch werden, was die Zustellung anlangt, sofern sich diese nicht auf ein von einer Partei, der das Armenrecht bewilligt worden ist, geführtes Verfahren bezieht, die durch Mitwirkung eines Vollziehungsbeamten verursachten Kosten und, was die Rechtshilfe-

un seul exemplaire, par le Ministère de la Justice de l'Etat requérant au Ministère de la Justice de l'Etat requis.

(2) Le récépissé ou l'attestation de la signification de ces actes est adressé en retour par le Ministère de la Justice de l'Etat requis au Ministère de la Justice de l'Etat requérant.

(3) Les autorités ci-dessus désignées correspondent de même directement entre elles pour les communications complémentaires concernant la signification des actes visés au paragraphe 1.

(4) Les lettres de transmission de ces actes ainsi que les renseignements complémentaires fournis en vertu du paragraphe 3 par l'Etat requérant sont soit rédigés dans la langue de l'Etat requis, soit accompagnés d'une traduction dans cette langue.

Article 3

(1) Les commissions rogatoires en matière civile et commerciale sont exécutées dans les deux Etats par les autorités judiciaires; ces commissions et les actes d'exécution auxquels elles donnent lieu sont transmis par l'intermédiaire des Ministères de la Justice des Hautes Parties Contractantes.

(2) Les Ministères de la Justice correspondent de même directement entre eux pour les communications complémentaires concernant les commissions rogatoires.

(3) Les lettres de transmission des commissions rogatoires et les renseignements complémentaires fournis en vertu du paragraphe 2 par l'Etat requérant sont soit rédigés dans la langue de l'Etat requis, soit accompagnés d'une traduction dans cette langue.

Article 4

La signification des actes judiciaires et extrajudiciaires et l'exécution des commissions rogatoires ne peuvent être refusées en raison de la compétence exclusive, pour connaître du litige, des tribunaux de l'Etat requis.

Article 5

La signification des actes judiciaires et extrajudiciaires et l'exécution des commissions rogatoires ne donnent pas lieu au remboursement de frais. Toutefois, sont remboursés, en ce qui concerne la signification, les frais occasionnés par l'intervention d'officiers ministériels, à moins que la signification ne soit relative à un procès d'une partie à laquelle le bénéfice de l'assistance judiciaire a été accordé, et, en ce qui concerne

ersuchen anlangt, die Sachverständigen bezahlten Vergütungen ersetzt.

les commissions rogatoires, les indemnités payées aux experts.

Artikel 6

(1) Jeder der Hohen Vertragschließenden Teile räumt den juristischen Personen, die er als dem anderen Teile angehörig ansieht, die Vorteile des Artikels 1 dieses Abkommens und des Artikels 17 des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 ein.

(2) Absatz 1 gilt auch für Handelsgesellschaften, die, ohne Rechtspersönlichkeit zu besitzen, fähig sind, vor Gericht aufzutreten.

Article 6

(1) Chacune des Hautes Parties Contractantes accorde aux personnes morales qu'elle considère comme ressortissant de l'autre Etat le bénéfice des articles 1^{er} de la présente Convention et 17 de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954.

(2) Le paragraphe 1 s'applique également aux sociétés commerciales qui, sans jouir de la personnalité morale, ont la capacité d'ester en justice.

Artikel 7

Die Begehren um Vollstreckbarerklärung der Prozeßkostenentscheidungen nach Artikel 18 des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 können von den beteiligten Parteien unmittelbar bei dem zuständigen Gericht gestellt werden.

Article 7

Les demandes d'exequatur des condamnations aux frais et dépens du procès, prévues à l'article 18 de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954, peuvent être adressées par la partie intéressée directement à l'autorité judiciaire compétente.

Artikel 8

Für die Anwendung der Bestimmungen des Artikels 19 zweiter und dritter Absatz des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954

Article 8

Pour l'application des dispositions des deuxième et troisième alinéas de l'article 19 de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954,

a) sind vorzulegen:

1. wenn die Entscheidung in Frankreich gefällt wurde, eine Urkunde, durch die ihre Zustellung nachgewiesen wird, eine Bestätigung des Leiters der Gerichtskanzlei, wonach gegen sie weder der Widerspruch noch die Berufung offensteht, und eine Bestätigung, mit der bescheinigt wird, daß keine Kassationsbeschwerde eingelegt wurde, wenn im gegebenen Fall die Kassationsbeschwerde eine die Vollstreckung aufschiebende Wirkung hat;
2. wenn die Entscheidung in Österreich gefällt wurde, eine von dem Gericht, das in erster Instanz entschieden hat, ausgestellte Bestätigung, mit der bescheinigt wird, daß die Entscheidung in Rechtskraft erwachsen ist;

b) muß die Zuständigkeit der Behörde, welche die in Buchstabe a vorgesehene Urkunde und die dort vorgesehenen Bestätigungen ausstellt, nicht von einer anderen Behörde bestätigt werden;

c) kann die Übersetzung des Spruches der Entscheidung sowie der in Buchstabe a bezeichneten Urkunde und Bestätigungen in die Sprache der ersuchten Behörde von einem beeideten Dolmetsch des ersuchenden Staates oder unter den im Artikel 19 zweiter Absatz Ziffer 3 des Haager

a) il sera produit:

- 1° si la décision est rendue en France, un document établissant qu'elle a été signifiée, une attestation du greffier constatant qu'il n'existe contre elle ni opposition, ni appel et une attestation certifiant qu'elle n'a pas été frappée de pourvoi lorsque le recours en cassation produit un effet suspensif d'exécution;
- 2° si la décision est rendue en Autriche, une attestation certifiant qu'elle est passée en force de chose jugée et émanant du tribunal ayant statué en premier ressort;

b) la compétence des autorités qui délivrent le document et les attestations prévues à l'alinéa a n'a pas à être certifiée par une autre autorité;

c) la traduction, établie dans la langue de l'autorité requise, du dispositif de la décision ainsi que du document et des attestations visées à l'alinéa a peut être certifiée conforme par un traducteur assermenté de l'Etat requérant aussi bien que dans les conditions prévues à l'article 19

Übereinkommens vom 1. März 1954 vorgeesehenen Bedingungen beglaubigt sein.

Artikel 9

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens treten die Erklärung vom 4. März 1925 zwischen Österreich und Frankreich, betreffend die Übersendung von gerichtlichen Akten und die Erledigung von Ersuchsschreiben in Zivil- und Handelssachen, und das Übereinkommen vom 4. März 1925 zwischen Österreich und Frankreich über Rechtshilfe und Armenrecht außer Kraft.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen gilt hinsichtlich der Französischen Republik für ihre europäischen Gebiete.

(2) Die Hohen Vertragschließenden Teile behalten sich vor, zu einem von ihnen festzusetzenden Zeitpunkt die Anwendung dieses Abkommens im gegenseitigen Einverständnis und durch Notenwechsel auf die Überseedepartements und -gebiete der Französischen Republik oder eines oder mehrere derselben auszudehnen.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren, und die Ratifikationsurkunden sind in Paris auszutauschen.

(2) Es wird am sechzigsten Tage nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Artikel 12

(1) Jeder der Hohen Vertragschließenden Teile kann dieses Abkommen durch an den anderen Hohen Vertragschließenden Teil gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag dieser Notifikation wirksam werden.

(2) Die Kündigung kann sich auf die Departements und Gebiete beschränken, die Gegenstand eines Notenwechsels gemäß Artikel 10 Absatz 2 waren.

Artikel 13

Die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung oder der Anwendung dieses Abkommens, die zwischen den beiden Hohen Vertragschließenden Teilen entstehen könnten, sind auf diplomatischem Weg zu bereinigen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihrer Unterschrift versehen.

deuxième alinéa, 3°, de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954.

Article 9

Au moment de l'entrée en vigueur de la présente Convention, la Déclaration du 4 mars 1925 entre l'Autriche et la France relative à la transmission des actes judiciaires et à l'exécution de commissions rogatoires en matière civile et commerciale et la Convention du 4 mars 1925 entre l'Autriche et la France relative à la protection et l'assistance judiciaires cesseront d'être en vigueur.

Article 10

(1) La présente Convention s'applique, en ce qui concerne la République Française, à son territoire métropolitain.

(2) Les Hautes Parties Contractantes se réservent d'étendre, à une date qu'elles fixeront, d'un commun accord et par échange de notes, l'application de la présente Convention aux Départements et Territoires d'Outre-Mer de la République Française, ou à l'un ou plusieurs d'entre eux.

Article 11

(1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés à Paris.

(2) Elle entrera en vigueur le sixantième jour qui suivra la date à laquelle l'échange des instruments de ratification aura eu lieu.

Article 12

(1) Chacune des Hautes Parties Contractantes peut dénoncer la présente Convention par notification écrite à l'autre Haute Partie Contractante. La dénonciation prendra effet six mois après la date de cette notification.

(2) La dénonciation peut se limiter aux Départements et aux Territoires qui ont fait objet d'échanges de notes prévus au deuxième alinéa de l'article 10.

Article 13

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention qui pourraient s'élever entre les Hautes Parties Contractantes seront réglés par la voie diplomatique.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leur signature.

Geschehen zu Wien, am 15. Juli 1966 in zweifacher Ausfertigung in deutscher und französischer Sprache, wobei die beiden Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für den Bundespräsidenten der
Republik Österreich:

Dr. Lujo Tončić-Sorinj m. p.
H. Klecatsky m. p.

Für den Präsidenten der
Französischen Republik:

Louis Roché m. p.

Fait à Vienne, le 15 juillet 1966 en double exemplaire, en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour le Président Fédéral de la
République d'Autriche:

Dr. Lujo Tončić-Sorinj m. p.
H. Klecatsky m. p.

Pour le Président de la
République Française:

Louis Roché m. p.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Justiz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 19. April 1967

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Klaus

Der Bundesminister für Justiz:

Klecatsky

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Tončić-Sorinj

Die Ratifikationsurkunden zu dem vorliegenden Zusatzabkommen sind am 14. Juni 1967 ausgetauscht worden; dieses tritt daher gemäß seinem Art. 11 Abs. 2 am 13. August 1967 in Kraft.

Klaus

288.

Nachdem das am 15. Juli 1966 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechtes, welches also lautet:

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechtes

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Präsident der Französischen Republik, von dem Wunsche geleitet, in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem

CONVENTION

entre la République d'Autriche et la République Française sur la reconnaissance et l'exécution des décisions judiciaires et des actes authentiques en matière civile et commerciale

Le Président Fédéral de la République d'Autriche et le Président de la République Française désireux, dans les rapports entre les deux Etats, d'assurer la reconnaissance et l'exécution des décisions judiciaires et des actes authentiques en matière civile et commerciale,

Gebiet des Zivil- und Handelsrechtes zu sichern, haben beschlossen, zu diesem Zweck ein Abkommen zu schließen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:

Herrn Dr. Lujo Tončić-Sorinj, Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten,
Herrn Dr. Hans Klecatsky, Bundesminister für Justiz,

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Louis Roché, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart haben.

Artikel 1

Dieses Abkommen ist auf die von den Gerichten der Hohen Vertragsschließenden Teile auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechtes gefällten Entscheidungen anzuwenden, mit Ausnahme jener im Konkursverfahren, im Ausgleichsverfahren und im Verfahren zur gerichtlichen Schuldenbereinigung (règlement judiciaire).

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens sind zu verstehen:

1. unter „Entscheidung“ jede im streitigen Verfahren oder im Verfahren außer Streitsachen gefällte Entscheidung, wie sie auch bezeichnet sein mag und auch, wenn sie von einem Strafgericht erlassen worden ist;

2. unter „Titelgericht“ das Gericht, das die Entscheidung gefällt hat, deren Anerkennung oder Vollstreckung beantragt wird;

3. unter „Entscheidungsstaat“ der Staat, in dessen Gebiet das Titelgericht seinen Sitz hat;

4. unter „ersuchtes Gericht“ in Frankreich das Gericht, bei dem die Vollstreckbarerklärung, in Österreich das Gericht, bei dem die Vollstreckung beantragt wird;

5. unter „ersuchter Staat“ der Staat, in dessen Gebiet die Anerkennung oder die Vollstreckung beantragt wird.

Artikel 3

(1) Die von einem Gericht eines der Hohen Vertragsschließenden Teile gefällten Entscheidungen werden in dem Gebiet des anderen anerkannt, wenn das Titelgericht gemäß den Artikeln 6 bis 11 dieses Abkommens zuständig war

ont décidé de conclure une convention à cet effet et ont désigné comme Plénipotentiaires,

le Président Fédéral de la République d'Autriche:

M. Lujo Tončić-Sorinj
Ministre Fédéral des Affaires Etrangères,
M. Hans Klecatsky
Ministre Fédéral de la Justice

le Président de la République Française:

M. Louis Roché
Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1^{er}

La présente Convention est applicable aux décisions judiciaires rendues en matière civile et commerciale par les tribunaux des Hautes Parties Contractantes, à l'exclusion des décisions relatives à la faillite, au concordat et au règlement judiciaire.

Article 2

(1) Pour l'application de la présente convention on entend:

1. par « décision », toute décision rendue en matière contentieuse ou gracieuse, quel que soit le nom qui lui est donné, alors même qu'elle émane d'une juridiction répressive;

2. par « tribunal d'origine », le tribunal qui a rendu la décision dont la reconnaissance ou l'exécution est demandée;

3. par « Etat d'origine », l'Etat sur le territoire duquel le tribunal d'origine a son siège;

4. par « tribunal requis », en France, le tribunal auquel il est demandé de rendre la décision exécutoire, en Autriche, le tribunal auquel l'exécution est demandée;

5. par « Etat requis », l'Etat sur le territoire duquel la reconnaissance ou l'exécution est demandée.

Article 3

(1) Les décisions rendues par un tribunal de l'une des Hautes Parties Contractantes sont reconnues dans le territoire de l'autre, si le tribunal d'origine était compétent au sens des articles 6 à 11 de la présente convention et

und die Entscheidung nach dem Recht des Entscheidungsstaates rechtskräftig ist.

(2) Im Fall einer Versäumnisentscheidung muß der Beklagte ordnungsgemäß geladen worden sein. Im Fall eines Zahlungsbefehls oder eines Zahlungsauftrags muß die Entscheidung dem Schuldner ordnungsgemäß zugestellt worden sein.

Artikel 4

Die Anerkennung darf in folgenden Fällen versagt werden:

1. wenn sie der öffentlichen Ordnung des ersuchten Staates widerspricht;
2. wenn ein gleicher, auf denselben Rechtsanspruch gestützter Antrag zwischen denselben Parteien schon Gegenstand einer rechtskräftigen Entscheidung in der Sache selbst war, die in dem ersuchten Staat gefällt worden oder die in einem dritten Staat gefällt worden und in dem ersuchten Staat anerkannt ist;
3. wenn zwischen denselben Parteien ein gleicher, auf denselben Rechtsanspruch gestützter Antrag vor einem Gericht des ersuchten Staates anhängig und dieses Gericht vor dem Titelgericht mit der Sache befaßt worden ist;
4. wenn, im Fall einer Versäumnisentscheidung, die säumige Partei von dem Verfahren nicht zeitgerecht Kenntnis erhalten hat, um sich zu verteidigen, oder wenn es sich um einen Zahlungsbefehl oder einen Zahlungsauftrag handelt, der Schuldner nicht in der Lage gewesen ist, zeitgerecht Einwendungen (Widerspruch) zu erheben.

Artikel 5

(1) Die Anerkennung darf nicht deswegen versagt werden, weil das Titelgericht ein anderes Recht angewendet hat, als nach den Regeln des internationalen Privatrechts des ersuchten Staates anzuwenden gewesen wäre, außer es handelt sich um den Personenstand oder die Handlungsfähigkeit. Selbst in diesen Fällen darf die Anerkennung nicht versagt werden, wenn die Anwendung der genannten Regeln zu dem gleichen Ergebnis geführt hätte.

(2) Die Anerkennung darf versagt werden, wenn Vorschriften des Rechtes des ersuchten Staates über die Vertretung nicht oder nicht voll handlungsfähiger Personen verletzt wurden.

Artikel 6

Dieses Abkommen berührt nicht die Vorschriften über die Zuständigkeit der Gerichte der Hohen Vertragschließenden Teile. Gemäß Artikel 3 Absatz 1 sind Entscheidungen jedoch nur anzuerkennen, wenn das Titelgericht im Sinne der Artikel 7 bis 11 zuständig gewesen ist.

si la décision est passée en force de chose jugée selon la loi de l'Etat d'origine.

(2) En cas de décision par défaut, le défendeur doit avoir été régulièrement cité. En cas d'injonction de payer ou de mandat de paiement, la décision doit avoir été régulièrement notifiée au débiteur.

Article 4

La reconnaissance peut être refusée dans les cas suivants:

1. si elle est contraire à l'ordre public de l'Etat requis;
2. si la même demande fondée sur la même cause a déjà fait l'objet, entre les mêmes parties, d'une décision sur le fond du litige passée en force de chose jugée, rendue dans l'Etat requis ou rendue dans un Etat tiers et reconnue dans l'Etat requis;
3. si, entre les mêmes parties, la même demande fondée sur la même cause est pendante devant un tribunal de l'Etat requis et que ce tribunal a été saisi de la cause avant le tribunal d'origine;
4. si le défendeur défaillant n'a pas pu avoir connaissance de la procédure en temps utile pour se défendre ou si, en cas d'injonction de payer ou de mandat de paiement, le débiteur n'a pas été en mesure de s'opposer en temps utile à la décision.

Article 5

(1) La reconnaissance ne peut être refusée du fait que le tribunal d'origine a appliqué une loi autre que celle qui aurait été applicable d'après les règles du droit international privé de l'Etat requis, sauf en ce qui concerne l'état ou la capacité des personnes. Même dans ces cas, la reconnaissance ne peut être refusée si l'application de la loi désignée par lesdites règles eût abouti au même résultat.

(2) La reconnaissance peut être refusée lorsque les règles relatives à la représentation des incapables prescrites par la loi de l'Etat requis ont été méconnues.

Article 6

La présente Convention ne porte pas atteinte aux règles de compétence applicables aux tribunaux des Hautes Parties Contractantes. Toutefois, en vertu de l'article 3 premier alinéa, la reconnaissance ne sera accordée que si la compétence du tribunal d'origine a existé aux termes des articles 7 à 11.

Artikel 7

(1) Die Gerichte des Entscheidungsstaates sind für Verfahren betreffend den Personenstand und die Handlungsfähigkeit zuständig, wenn zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens eine der Personen, deren Personenstand oder Handlungsfähigkeit betroffen wird, Angehöriger dieses Staates ist.

(2) Dasselbe gilt, wenn alle Personen, deren Personenstand oder Handlungsfähigkeit betroffen wird, zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet des Entscheidungsstaates haben und dem ersuchten Staat angehören.

Artikel 8

Die Gerichte des Staates, in dem sich eine Liegenschaft befindet, sind für Verfahren zuständig, die ein dingliches Recht an dieser Liegenschaft zum Gegenstand haben. Sie sind für Nachlaßangelegenheiten betreffend unbewegliches Vermögen zuständig.

Artikel 9

Die Gerichte des Entscheidungsstaates sind für Nachlaßangelegenheiten betreffend bewegliches Vermögen zuständig, wenn der Erblasser Angehöriger dieses Staates war oder auf dessen Gebiet seinen letzten Wohnsitz hatte.

Artikel 10

In den Angelegenheiten, die nicht in den Artikeln 7 bis 9 angeführt sind, sind die Gerichte des Entscheidungsstaates zuständig:

1. wenn der Beklagte zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet dieses Staates hat;

2. wenn der Beklagte im Gebiet dieses Staates eine kaufmännische, gewerbliche oder sonstige Niederlassung oder Zweigniederlassung hat oder hatte und er dort wegen einer den Betrieb dieser Niederlassung oder Zweigniederlassung betreffenden Streitigkeit belangt wird;

3. wenn in einer Handelssache die vertragliche Verpflichtung, die Gegenstand der Streitigkeit ist, nach der ausdrücklichen oder stillschweigenden Übereinkunft zwischen Kläger und Beklagtem im Gebiet dieses Staates erfüllt wurde oder erfüllt werden sollte;

4. wenn das Verfahren Schadenersatzansprüche aus einer außervertraglichen Haftung zum Gegenstand hat und die schädigende Handlung im Gebiet dieses Staates begangen wurde;

5. wenn der Beklagte zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens im Gebiet dieses Staates Vermögen besitzt und er im Gebiet des anderen Staates weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Article 7

(1) Les tribunaux de l'Etat d'origine sont compétents en matière d'état et de capacité lorsque, à la date de l'introduction de l'instance, une des personnes dont l'état ou la capacité est en jeu, est ressortissante de cet Etat.

(2) Il en est de même lorsque toutes les personnes dont l'état ou la capacité fait l'objet de l'instance ont, à cette date, leur domicile ou leur résidence habituelle sur le territoire de l'Etat d'origine et qu'elles sont ressortissantes de l'Etat requis.

Article 8

Les tribunaux de l'Etat où est situé un immeuble sont compétents pour les instances ayant pour objet un droit réel sur cet immeuble. Ils sont compétents en matière de succession immobilière.

Article 9

Les tribunaux de l'Etat d'origine sont compétents en matière de succession mobilière lorsque le défunt était ressortissant de cet Etat ou avait son dernier domicile sur le territoire de celui-ci.

Article 10

Dans les matières non visées aux articles 7 à 9, les tribunaux de l'Etat d'origine sont compétents:

1. si le défendeur, à la date de l'introduction de l'instance, a son domicile ou sa résidence habituelle sur le territoire de cet Etat;

2. si le défendeur a ou avait sur le territoire de cet Etat un établissement ou une succursale de nature commerciale, industrielle ou autre et s'il y est cité pour un litige relatif à l'exploitation de cet établissement ou de cette succursale;

3. si, en matière commerciale, de l'accord exprès ou tacite du demandeur et du défendeur, l'obligation contractuelle qui fait l'objet du litige a été ou devrait être exécutée sur le territoire de cet Etat;

4. si, en matière de dommages-intérêts résultant d'une responsabilité extra-contractuelle, le fait dommageable a été commis sur le territoire de cet Etat;

5. si le défendeur, à la date de l'introduction de l'instance, a des biens sur le territoire de cet Etat et s'il n'a ni domicile ni résidence habituelle sur le territoire de l'autre Etat.

Artikel 11

In den Angelegenheiten, die nicht in den Artikeln 7 bis 9 angeführt sind, ist das Titelgericht auch zuständig:

1. wenn sich der Beklagte der Zuständigkeit dieses Gerichtes, sei es durch Annahme eines Wohnsitzes (*élection de domicile*), sei es durch irgendeine andere Zuständigkeitsvereinbarung ausdrücklich unterworfen hat, vorausgesetzt, daß das Recht des ersuchten Staates dem nicht in Betracht des Streitgegenstandes entgegensteht;

2. wenn sich der Beklagte in die Sache selbst eingelassen hat, ohne die Zuständigkeit des Titelgerichtes bestritten oder erklärt zu haben, daß er sich dieser Zuständigkeit nur hinsichtlich des im Entscheidungsstaate gelegenen Vermögens unterwirft;

3. wenn es sich um eine Widerklage handelt und das Titelgericht gemäß den Bestimmungen des Artikels 10 oder dieses Artikels zur Entscheidung über die Hauptklage zuständig war.

Artikel 12

Das Gericht, vor dem die Anerkennung geltend gemacht wird, ist an Feststellungen von Tatsachen gebunden, die in der Entscheidung enthalten sind und die der Begründung der Zuständigkeit des Titelgerichts dienen.

Artikel 13

Die Partei, welche die Anerkennung geltend macht, hat vorzulegen:

1. eine vollständige Ausfertigung der Entscheidung, welche die für ihre Echtheit erforderlichen Voraussetzungen erfüllt;

2. a) wenn die Entscheidung in Österreich gefällt wurde, eine Bestätigung des Gerichtes, das in erster Instanz entschieden hat, darüber, daß die Entscheidung in Rechtskraft erwachsen ist;

b) wenn die Entscheidung in Frankreich gefällt wurde, einen urkundlichen Nachweis über den Zeitpunkt der Zustellung, eine Bestätigung des Leiters der Gerichtskanzlei, daß gegen diese Entscheidung weder Widerspruch noch Berufung offensteht, und in den Fällen, in denen die Kassationsbeschwerde die Vollstreckung hemmt, eine Bestätigung, daß keine Kassationsbeschwerde erhoben wurde;

3. im Fall einer Versäumnisentscheidung eine mit der Bestätigung der Richtigkeit versehene Abschrift der Ladung oder ein anderes zur Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung des Beklagten geeignetes Schriftstück;

4. im Fall eines Zahlungsbefehls oder eines Zahlungsauftrages ein zur Feststellung der ordnungsgemäßen Zustellung der Entscheidung an den Schuldner geeignetes Schriftstück.

Article 11

Dans les matières non visées aux articles 7 à 9, le tribunal d'origine est également compétent:

1. si le défendeur s'est soumis expressément à la compétence de ce tribunal, soit par une *élection de domicile*, soit par toute autre stipulation attributive de compétence, à condition que la loi de l'Etat requis ne s'y oppose pas à raison de l'objet du litige;

2. si le défendeur a présenté des défenses au fond sans avoir contesté la compétence du tribunal d'origine ou sans avoir déclaré qu'il ne se soumet à cette compétence qu'en ce qui concerne les biens situés dans l'Etat d'origine;

3. en cas de demande reconventionnelle, si le tribunal d'origine est reconnu compétent aux termes de l'article 10 ou du présent article pour connaître de la demande principale.

Article 12

Le tribunal devant lequel la reconnaissance est invoquée est lié par les constatations de fait contenues dans la décision et qui servent de base à la compétence du tribunal d'origine.

Article 13

La partie qui invoque la reconnaissance doit produire:

1. une expédition complète de la décision réunissant les conditions nécessaires à son authenticité;

2. a) si la décision a été rendue en Autriche, une attestation du tribunal ayant statué en premier ressort et certifiant que cette décision est passée en force de chose jugée;

b) si la décision a été rendue en France, un document indiquant la date de la signification, une attestation du greffier constatant qu'il n'existe contre cette décision ni opposition ni appel et une attestation certifiant qu'elle n'a pas été frappée de pourvoi lorsque le recours en cassation produit un effet suspensif d'exécution;

3. en cas de décision par défaut, une copie certifiée conforme de l'assignation ou toute autre pièce de nature à établir que le défendeur a été régulièrement cité;

4. en cas d'injonction de payer ou de mandat de paiement, toute pièce de nature à établir que la décision a été régulièrement notifiée au débiteur.

Artikel 14

(1) Die Gerichte jedes der Hohen Vertragsschließenden Teile haben, je nach den Vorschriften ihres innerstaatlichen Rechts, einen Antrag entweder zurückzuweisen oder die Entscheidung aufzuschieben, wenn ein gleicher, auf denselben Rechtsanspruch gestützter Antrag zwischen denselben Parteien schon vor einem Gericht des anderen Staates anhängig ist und darüber eine gemäß diesem Abkommen anzuerkennende Entscheidung gefällt werden kann.

(2) Bei Dringlichkeit können jedoch bei den Gerichten jedes der Hohen Vertragsschließenden Teile vorläufige oder sichernde Maßnahmen begehrt werden, gleich welches Gericht mit der Sache selbst befaßt ist.

Artikel 15

(1) Jede von einem französischen Gericht gefällte Entscheidung ist in Österreich vollstreckbar, wenn sie in Frankreich vollstreckbar ist und die Voraussetzungen für ihre Anerkennung erfüllt sind.

(2) Jede von einem österreichischen Gericht gefällte Entscheidung ist in Frankreich für vollstreckbar zu erklären, wenn sie in Österreich vollstreckbar ist und die Voraussetzungen für ihre Anerkennung erfüllt sind. Die Vollstreckbarerklärung kann nicht mit der „opposition“ angefochten werden.

Artikel 16

Die Partei, welche die Vollstreckung einer in Frankreich gefällten Entscheidung in Österreich oder die Vollstreckbarerklärung einer in Österreich gefällten Entscheidung in Frankreich begehrt, hat außer den in Artikel 13 angeführten Urkunden die erforderlichen Unterlagen zum Nachweis dafür vorzulegen, daß die Entscheidung im Gebiet des Entscheidungsstaates vollstreckbar ist.

Artikel 17

(1) Die in Frankreich errichteten und dort vollstreckbaren öffentlichen Urkunden sind in Österreich vollstreckbar. Die in Österreich errichteten und dort vollstreckbaren Urkunden werden in Frankreich für vollstreckbar erklärt; die Vollstreckbarerklärung kann nicht mit der „opposition“ angefochten werden.

(2) In jedem der beiden Staaten hat sich das Gericht auf die Prüfung zu beschränken, ob die Urkunde die erforderlichen Voraussetzungen für ihre Echtheit erfüllt und ob die Vollstreckung nicht der öffentlichen Ordnung des ersuchten Staates widerspricht.

Article 14

(1) Les tribunaux de chacune des Hautes Parties Contractantes doivent, selon les dispositions de leur droit interne, soit se dessaisir, soit surseoir à statuer, lorsque la même demande, fondée sur la même cause et entre les mêmes parties est déjà pendante devant un tribunal de l'autre Etat et s'il peut en résulter une décision susceptible d'être reconnue en vertu de la présente Convention.

(2) Toutefois, des mesures provisoires ou conservatoires peuvent, en cas d'urgence, être requises des tribunaux de chacune des Hautes Parties Contractantes, quel que soit le tribunal saisi du fond du litige.

Article 15

(1) Toute décision rendue par un tribunal français sera exécutoire en Autriche dès lors qu'elle est exécutoire en France et que les conditions exigées pour sa reconnaissance sont remplies.

(2) Toute décision rendue par un tribunal autrichien sera déclarée exécutoire en France, dès lors qu'elle est exécutoire en Autriche et que les conditions exigées pour sa reconnaissance sont remplies. Le jugement d'exequatur ne peut pas être attaqué par la voie de l'opposition.

Article 16

La partie qui demande qu'une décision rendue en France soit exécutée en Autriche ou qu'une décision rendue en Autriche soit déclarée exécutoire en France doit produire, outre les documents indiqués à l'article 13, les pièces de nature à établir que la décision est exécutoire sur le territoire de l'Etat d'origine.

Article 17

(1) Les actes authentiques reçus et exécutoires en France sont exécutoires en Autriche. Les actes authentiques et exécutoires en Autriche sont rendus exécutoires en France; le jugement d'exequatur ne peut pas être attaqué par la voie de l'opposition.

(2) Dans chacun des deux Etats, le tribunal se borne à vérifier si l'acte réunit les conditions nécessaires à son authenticité et si son exécution n'est pas contraire à l'ordre public de l'Etat requis.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels sind auch auf die vor Gerichten in Zivil- oder Handels-sachen geschlossenen Vergleiche und auf die vor österreichischen Behörden als Trägern der Amtsvormundschaft geschlossenen Vergleiche in Unterhaltssachen anzuwenden.

Artikel 18

(1) Die gemäß diesem Abkommen vorzulegenden Urkunden sind von Beglaubigungen befreit.

(2) Diese Urkunden sind mit Übersetzungen zu versehen, die von einem beeideten Übersetzer eines der beiden Staaten beglaubigt sein müssen.

Artikel 19

(1) Das vorliegende Abkommen berührt nicht die Bestimmungen anderer Abkommen oder Vereinbarungen, denen die beiden Staaten angehören und die die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen oder öffentlichen Urkunden regeln.

(2) Das vorliegende Abkommen ist nur auf die nach dem Tage seines Inkrafttretens gefällten gerichtlichen Entscheidungen und die nach diesem Tag errichteten öffentlichen Urkunden anzuwenden.

Artikel 20

(1) Dieses Abkommen gilt hinsichtlich der Französischen Republik für ihre europäischen Gebiete.

(2) Die Hohen Vertragsschließenden Teile behalten sich vor, zu einem von ihnen festzusetzenden Zeitpunkt die Anwendung dieses Abkommens im gegenseitigen Einverständnis und durch Notenwechsel auf die Überseedepartements und -gebiete der Französischen Republik oder eines oder mehrere derselben auszudehnen.

Artikel 21

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren, und die Ratifikationsurkunden sind in Paris auszutauschen.

(2) Es wird am sechzigsten Tage nach dem Tag, an dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattfinden wird, in Kraft treten.

Artikel 22

(1) Jeder der Hohen Vertragsschließenden Teile kann dieses Abkommen durch an den anderen Hohen Vertragsschließenden Teil gerichtete

(3) Les dispositions du présent article sont applicables aux transactions passées devant le juge en matière civile ou commerciale et aux transactions passées en matière d'aliments devant les organismes publics autrichiens de tutelle des mineurs.

Article 18

(1) Les documents à produire en vertu de la présente Convention sont dispensés de légalisation.

(2) Ces documents doivent être accompagnés d'une traduction certifiée par un traducteur assermenté de l'un des deux Etats.

Article 19

(1) La présente Convention ne porte pas atteinte aux dispositions d'autres conventions ou accords auxquels les deux Etats sont parties et qui règlent la reconnaissance et l'exécution des décisions judiciaires ou des actes authentiques.

(2) La présente Convention n'est applicable qu'aux décisions judiciaires rendues et aux actes authentiques reçus après la date de son entrée en vigueur.

Article 20

(1) La présente Convention s'applique, en ce qui concerne la République Française, à son territoire métropolitain.

(2) Les Hautes Parties Contractantes se réservent d'étendre, à une date qu'elles fixeront, d'un commun accord et par échange de notes, l'application de la présente Convention aux Départements et Territoires d'Outre-Mer de la République Française ou à l'un ou plusieurs d'entre eux.

Article 21

(1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés à Paris.

(2) Elle entrera en vigueur le sixième jour qui suivra la date à laquelle l'échange des instruments de ratification aura eu lieu.

Article 22

(1) Chacune des Hautes Parties Contractantes peut dénoncer la présente Convention par notification écrite à l'autre Haute Partie

schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag dieser Notifikation wirksam werden.

(2) Die Kündigung kann sich auf die Departements und Gebiete beschränken, die Gegenstand eines Notenwechsels gemäß Artikel 20 Absatz 2 waren.

Artikel 23

Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung oder der Anwendung dieses Abkommens, die zwischen den Hohen Vertragsschließenden Teilen entstehen könnten, sind auf diplomatischem Wege zu bereinigen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihrer Unterschrift versehen.

Geschehen zu Wien, am 15. Juli 1966, in zweifacher Ausfertigung in deutscher und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für den Bundespräsidenten
der Republik Österreich:

Dr. Lujo Tončić-Sorinj m. p.
H. Klecatsky m. p.

Für den Präsidenten
der Französischen Republik:

Louis Roché m. p.

Contractante. La dénonciation prendra effet six mois après la date de cette notification.

(2) La dénonciation peut se limiter aux Départements et Territoires qui ont fait l'objet d'échanges de notes prévus au deuxième alinéa de l'article 20.

Article 23

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention qui pourraient s'élever entre les Hautes Parties Contractantes seront réglés par la voie diplomatique.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leur signature.

Fait à Vienne, le 15 juillet 1966, en double exemplaire, en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour le Président Fédéral de la République
d'Autriche:

Dr. Lujo Tončić-Sorinj m. p.
H. Klecatsky m. p.

Pour le Président de la République Française:

Louis Roché m. p.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Justiz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 19. April 1967

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Klaus

Der Bundesminister für Justiz:

Klecatsky

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Tončić-Sorinj

Die Ratifikationsurkunden zu dem vorliegenden Abkommen sind am 14. Juni 1967 ausgetauscht worden; dieses tritt daher gemäß seinem Art. 21 Abs. 2 am 13. August 1967 in Kraft.

Klaus

289.

Nachdem der am 17. Oktober 1966 in Bonn unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Stempelung von Meßgeräten, dessen Artikel 1 in seinen Absätzen 1 und 4 verfassungsändernde Bestimmungen enthält und welcher also lautet:

Vertrag
zwischen der Republik Österreich und der
Bundesrepublik Deutschland über die Prü-
fung und Stempelung von Meßgeräten

Die Republik Österreich
 und
 die Bundesrepublik Deutschland
 in dem Bestreben, den beiderseitigen Güterver-
 kehr weiter zu erleichtern,
 haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei gestattet Bediensteten der Eichbehörden der anderen Vertragspartei, auf ihrem Hoheitsgebiet eichbehördliche Prüfungen (Zulassungsprüfungen, eichtechnische Prüfungen, Befundprüfungen) und Stempelungen von Meßgeräten vorzunehmen, die zur Einfuhr oder Wiedereinfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei bestimmt sind.

(2) Das dem österreichischen Bundesministerium für Bauten und Technik nachgeordnete Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen in Wien und die der fachlich zuständigen obersten Landesbehörde in der Bundesrepublik Deutschland nachgeordnete Eichaufsichtsbehörde zeigen einander beabsichtigte Amtshandlungen nach Absatz 1 vor ihrem Beginn an.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übermittelt der österreichischen Bundesregierung ein Verzeichnis der deutschen Eichaufsichtsbehörden, aus dem sich Bezeichnung, Anschrift und Zuständigkeitsbereich der Behörden

ergeben, und teilt jede Änderung der in dem Verzeichnis enthaltenen Angaben unverzüglich mit.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Zulassungsprüfungen durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig entsprechend.

Artikel 2

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 3

(1) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach dem Tage in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander mitteilen, daß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrages erfüllt sind.

(2) Dieser Vertrag kann nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit schriftlich gekündigt werden. Er tritt drei Monate nach seiner Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn, am 17. Oktober 1966, in zwei Urschriften.

Für die Republik Österreich
Rudolf Ender m. p.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Lahr m. p.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diesen Vertrag für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Bauten und Technik und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 8. Juni 1967

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Klaus

Der Bundesminister für Bauten und Technik:

Kotzina

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Tončić-Sorinj

Der vorstehende Vertrag ist nach Durchführung des in Artikel 3 Absatz 1 vorgesehenen Notenaustausches am 7. August 1967 in Kraft getreten.

Klaus



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten ab 1. Juli 1966 S 142.— für Inlands- und S 192.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 40 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt 16 (Postleitzahl 1010), Telephon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile 27 a (Postleitzahl 1037), Telephon 52 43 42.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Rennweg 12 a, 1037 Wien, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.